Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 59 (1965)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : ein Friedenskongress ; Vietnam im Mittelpunkt ; Die Gegensätze ; Ein dritter Weg ; Etwas über Finnland ; Bei der CDU Ost ; Selbständige Aufgaben

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141027

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Friedenskongreß Fast vierwöchige Abwesenheit im Ausland — zuerst in der Deutschen Demokratischen Republik und dann in Finnland — hat mich verhindert, den Lauf der Welt von Tag zu Tag so genau zu beobachten, wie ich das sonst gewohnt bin. Aber es hat sich ja in der Berichtszeit auf internationalem Gebiet auch nicht gerade viel geändert. Wohl haben in verschiedenen Ländern — so in Frankreich, Algerien und Griechenland — Entwicklungen angehoben, die mehr als nur «interessant» sind und bei nächster Gelegenheit besprochen werden müssen; aber vor allem auf dem gegenwärtigen Hauptschauplatz des großen Machtkampfes unserer Zeit, in *Vietnam* und Südostasien ganz allgemein, ist die Lage — unglücklicherweise — grundsätzlich die gleiche geblieben, die sie schon bisher war. Zum Besseren hat sie sich jedenfalls nicht gewendet, eher zum Schlechteren. Obwohl die Amerikaner jetzt über 70 000 Mann in Südvietnam stehen haben, ist von einer irgendwie merkbaren Zurückdrängung der Vietkongstreitkräfte überhaupt nicht die Rede; Saigon ist von der Verbindung mit den übrigen Landesteilen fast gänzlich abgeschnitten und hat den Feind schon längst in seinen eigenen Mauern, während die den USA hörigen Generäle und Politiker hemmungslos um ihre Machtstellungen und Bereicherungsquellen miteinander kämpfen. Nordvietnam aber wird von der amerikanischen Luftwaffe weiterhin sozusagen Tag und Nacht angegriffen und immer ruchloser verwüstet, freilich ohne daß es dadurch im geringsten reif zur Kapitulation gemacht würde.

Für die Vereinigten Staaten ist das alles mit der Zeit zu einer Belastung geworden, die loszuwerden sie sich vergeblich bemühen. Die sonst stramm zu Washington haltende «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (16. Juli) stellt mit Recht fest: «Die Verstrickung in Vietnam, aus der die amerikanische Regierung keinen ihr annehmbaren Ausweg zu weisen vermag und deren Hoffnungslosigkeit sie zunächst nur mit zusammengezogenen dünnen Lippen entgegenstarrt, hat angefangen, die ganze amerikanische Politik zu beherrschen. Selbst die ‚große Gesellschaft', die Johnson sich als Leitbild und Glück verheißende Vollbringung seiner Regierungszeit erhoffte, droht unter dem Druck der Vietnamnöte zur dürren Phrase dahinzuwelken.»

Es scheint unter solchen Umständen vertretbar, an dieser Stelle mit einer gewissen Einläßlichkeit über den Verlauf des «*Weltkongresses für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung*» zu berichten, der vom 10. bis 15. Juli in *Helsinki* stattgefunden hat und dem ich als Mitglied einer sechsköpfigen schweizerischen Delegation beiwohnte. Meine Eindrücke davon sind allerdings zwiespältig. Schon die außergewöhnliche Vielzahl der Delegierten und Be-

obachter — 1470 aus 98 Ländern — brachte es mit sich, daß organisatorische Schwierigkeiten aller Art entstanden, die trotz bewundernswerten Leistungen der vorbereitenden Ausschüsse und der technischen Dienste nicht immer überwunden werden konnten.

Warum der Kongreß so groß angelegt werden mußte, warum zum Beispiel die Inder und die Amerikaner mit etwa 100 Delegierten aufrückten, während die Russen mit 60, die Finnen sogar mit 260, ist nicht leicht zu verstehen. Offenbar bot eben der Kongreß vielen Angehörigen von Friedensvereinigungen mehr die Gelegenheit zu einer interessanten Reise und zum Besuch eines Massenschauspiels, bei dem sie nach Herzenslust demonstrieren, protestieren und applaudieren konnten, als zur Erweiterung ihres politischen Gesichtskreises und zur Sammlung neuer Informationen.

Noch viel peinlicher machte sich aber die geistige und politische *Uneinigkeit* fühlbar, die im Schoße des Kongresses herrschte. Es war natürlich von vornherein zu erwarten gewesen, daß die unliebsamen Streitereien zwischen den sowjetischen und den chinesischen Kommunisten auch in den Kongreß von Helsinki hineinspielen würden, und wenn die Auseinandersetzungen immer sachlich geblieben wären, so hätte man dagegen auch gar nichts einwenden können; die Gegensätze sind nun einmal da und müssen irgendwie ausgetragen werden. Aber an Sachlichkeit fehlte es leider den Chinesen und ihren Freunden — besonders den Indonesiern, den Albaniern, den Guinesen und der einen Hälfte der anwesenden Japaner — oft in bedenklichem Maße. Sie benützten jede Gelegenheit, um in scharfen, zuweilen grob beleidigenden und verleumderischen Ausdrücken die Russen anzugreifen und die Kongreßleitung wie den Weltfriedensrat überhaupt, der den Kongreß einberufen hatte, der Hörigkeit gegenüber Moskau zu bezichtigen. Die Gegensätze wurden noch weiter verschärft durch die Schwerfälligkeit und Unförmlichkeit des Riesenkörpers, den dieser Kongreß darstellte und der eine ersprießliche Verhandlungsführung manchmal fast zu verunmöglichen schien. Es war vernünftigerweise einfach nicht möglich, jeder der 98 Delegationen zu jedem Beratungsgegenstand das Wort zu geben, wie das schon in der Eröffnungssitzung des Vollkongresses im Namen der Demokratie ein albanischer Redner verlangte, der trotz verlängerter Redezeit kaum von der Tribüne wegzubringen war. Es zeugt immerhin von bemerkenswerter Duldsamkeit der Kongreßleitung, daß sie eine außerordentliche Vollsitzung, die zunächst nicht geplant war, nachträglich einschob, um der «Opposition» die Möglichkeit einer ausführlichen Darlegung ihrer Auffassungen vor der Gesamtheit der Delegierten zu geben. Im übrigen wurde aber die freie Aussprache mit Recht doch in die Kommissionen verlegt, deren Beschlüsse dann allerdings als verbindlich und endgültig zu gelten hatten und vom Vollkongreß ohne Diskussion nur noch entweder bestätigt oder abgelehnt werden konnten.

Die «Opposition» machte denn auch von dieser Redefreiheit aus-

giebigen Gebrauch; in einer Kommission ging einmal die Aussprache bis gegen sechs Uhr morgens. Aber auch dieses Verfahren erklärte mindestens ein Teil der Minderheitsgruppen als undemokratisch, als Vergewaltigung der mit den Mehrheitsbeschlüssen nicht Übereinstimmenden. In der eröffnenden Vollsitzung des Kongresses zum Beispiel wollten die Chinesen, Indonesier usw. unbedingt die Beschlüsse des Vorbereitungsausschusses über die Arbeitsweise des Kongresses erneut zur Beratung gestellt wissen und namentlich für das Traktandum Vietnam den Titel «Der Angriffskrieg der USA gegen Vietnam» durchdrücken; es brauchte viel, um eine uferlose Auseinandersetzung darüber zu verhindern und die vom Ausschuß gewählte Formulierung zu sichern: «Unterstützung der Völker der Welt für das vietnamesische Volk, das einen gerechten Kampf für Unabhängigkeit, Einheit und Frieden führt».

Auch in der Kommission, welcher der Schreibende angehörte und die sich mit der europäischen Sicherheit, den Friedensverträgen, der deutschen Frage usw. befaßte, gab es unangenehme Auftritte. Die chinesische Hauptsprecherin drohte am Schluß der Aussprache: wenn der Präsident — ein englischer Kommunist — in seinem Bericht an den Kongreß nicht die Auffassungen und Anträge der Minderheit ganz genau wiedergebe, so würde die Minderheit das als einen neuen Versuch ansehen, ihr den Standpunkt der Mehrheit aufzuzwingen. Und wirklich warf die Chinesin an der folgenden Kommissionssitzung, die den Bericht des Präsidenten zu erörtern hatte, dem denkbar duldsamen und sachlich urteilenden Verhandlungsleiter «Fälschung» und ähnliches vor, weil er offenbar den Meinungsäußerungen der Minderheit nicht dasjenige Gewicht beigelegt hatte, das sie erwartet hatte.

Nicht viel anders — zuweilen noch giftiger — trat die Opposition in andern Kommissionen auf, so daß einmal die sowjetischen Delegierten, die sich planmäßig jeden Angriffes auf die Chinesen und ihre Freunde enthielten, sogar den Verhandlungsraum verließen. Man hatte wirklich nicht selten den Eindruck, daß es ein etwas eigentümlicher Friedenskongreß sei, der da Streitigkeiten und Gegensätze zwischen den Völkern aus der Welt schaffen wolle . . .

Vietnam im Mittelpunkt Die Verhandlungsliste des Kongresses umfaßte zehn Hauptgegenstände, die meistens je einer Kommission zur Beratung zugeteilt wurden:

1. Vietnam.
2. Apartheid, Rassenpolitik, Verletzung der Menschenrechte.
3. Befreiung der noch unter dem Kolonialjoch lebenden Völker, Wahrung der nationalen Souveränität und ihre Verteidigung gegen jedwede Einmischung.
4. Verbot der Kernwaffen, der Versuchsexplosionen, der mit Ra-

keten bestückten Unterseeboote und der Verbreitung von Kernwaffen, einschließlich der Schaffung vielseitiger Atomstreitkräfte.

5. Kernwaffenfreie Zonen, Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte, Auflösung der Militärblöcke, Friedenspolitik der blockfreien Staaten, Abkommen über allgemeine Abrüstung.

6. Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkrieges (europäische Sicherheit, deutsche Frage, Rückgabe von Okinawa an Japan usw.).

7. Wirtschaftliche Selbständigkeit der Nationen und Zusammenarbeit mit anderen Nationen.

8. Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens; Umstellung der Kriegsindustrie auf Friedensproduktion.

9. Weltumfassende Erweiterung und Umgestaltung der UNO.

10. Schaffung einer Friedensatmosphäre; Rolle der Kultur, der Erziehung und der Religion im Kampf für den Frieden; internationale Zusammenarbeit der Friedenskräfte.

Über jeden dieser Gegenstände lag dem Kongreß von vornherein ein sorgfältig ausgearbeiteter Bericht vor, der gewöhnlich viel wertvollen Stoff bot.

Es ist klar, daß alle Beratungsgegenstände innerlich mehr oder weniger zusammenhingen und darum Überschneidungen nicht zu vermeiden waren. Dennoch überragte *ein* Thema an Wichtigkeit und an Breite der Entwicklung alle anderen: *der Krieg in Vietnam*. Und wenn *ein* erfreuliches Ergebnis der Kongreßverhandlungen unzweifelhaft feststeht, so dies: daß es sehr rasch gelungen ist, die erdrückende Mehrheit der Delegierten für die gerechte Sache Vietnams und die unbedingte Verurteilung des amerikanischen Eingreifens in Südostasien zu gewinnen. So oft vom Präsidialtisch oder vom Rednerpult aus die Verbundenheit mit dem Kampf des Volkes von Vietnam verkündet und der Rückzug der USA-Streitkräfte verlangt wurde, rauschten Beifallsstürme und Huldigungskundgebungen durch die mächtige, amphitheatralisch aufgebaute Halle des Kulturpalastes von Helsinki, die manchmal kein Ende nehmen wollten. Man fühlte es bald: die Meinungen über Vietnam waren in diesem Weltfriedensparlament von vornherein gemacht; keine amerikanische oder sonstige Propaganda vermochte da noch das Geringste zu ändern. Und als dann der Sprecher der nordamerikanischen Abordnung, der Negerarzt Dr. Carlton Goodlett aus San Franzisko, im Namen der vielgestaltigen Friedensbewegung der Vereinigten Staaten seinen «tiefen Abscheu» über die Ziele und Methoden der USA-Kriegführung in Vietnam ausdrückte; als er den unbeugsamen Willen der amerikanischen Friedenskämpfer zur Fortsetzung ihres Widerstandes gegen die unverantwortliche Politik der Washingtoner Regierung bekundete und mit den Worten schloß: «Wir werden ins Gefängnis gehen und maßlose Leiden erdulden, aber, um mit dem Freiheitslied der Neger zu sprechen, ‚Wir werden obsiegen'» — da erlebte der Kongreß in später Nachtstunde einen

Begeisterungsausbruch, der auch in dieser beifallsfreudigen Riesenversammlung nicht mehr zu überbieten war. Die Stimme der Menschheit und der Menschlichkeit hatte gesprochen. Und sie wird sich gegen alles brutale Kriegsgeschrei, allen nationalistischen Massenwahn und alle antikommunistische Lügenpropaganda sieghaft durchsetzen!

Die Gegensätze Wenn so am Kongreß von Helsinki durchaus Einigkeit über den Charakter des Vietnamkrieges und über die Notwendigkeit der Räumung Südostasiens durch die Amerikaner bestand — worin liegen dann die tiefen Gegensätze, die trotzdem immer wieder zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Delegierten — und oft so gehässig und leidenschaftlich! — zum Ausdruck kamen? Nun, es sind im Grunde die gleichen Gegensätze, die schon seit Jahren das «sowjetische» und das «chinesische» Lager innerhalb des Weltkommunismus voneinander trennen, und die auch außerhalb der kommunistischen Welt sehr verschiedene Auffassungen von den Zielen und Methoden des Kampfes für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Kolonialismus widerspiegeln. Die Meinungsverschiedenheiten traten denn auch in Helsinki nicht nur in der Vietnamfrage hervor, sondern ebenso deutlich in den Fragen der militärischen Abrüstung, der «Entkolonisierung» und des Antiimperialismus. So wie sie sich an diesem Kongreß darboten, kann man sie vielleicht — mit der unvermeidlichen Vereinfachung — folgendermaßen umschreiben:

Für die *chinesische Gruppe* ist der große Welt- und Menschheitsfeind der westliche, vor allem der *amerikanische Imperialismus*. Er führt einen rücksichtslosen Kampf gegen die notwendige sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft aller Länder und steht dem Aufstieg der unterentwickelten Völker zu Unabhängigkeit, Wohlstand und menschenwürdigem Leben entscheidend im Weg, nicht nur in Vietnam und Ostasien, sondern auch in Süd- und Vorderasien, in Afrika und Lateinamerika. Er verhindert die Befriedung Europas und die Lösung der deutschen Frage; solange er aufrecht dasteht, gibt es nirgends in der Welt einen wirklichen, gesicherten Fortschritt. Seine *Vernichtung* ist darum die erste und dringendste Aufgabe der Völker aller Länder. Der bedingungslose Rückzug der Amerikaner aus Vietnam ist besonders die Voraussetzung für Freiheit und Frieden in ganz Südostasien — und dieses Ziel kann nur durch entschlossensten Kampf aller antikapitalistischen Kräfte erreicht werden. Verhandlung mit dem Feind wäre Selbstbetrug und Täuschung der Völker. Von Abrüstung kann auch im internationalen Maßstab keine Rede sein, ohne daß vorher die Macht des amerikanischen Imperialismus gebrochen und die Chinesische Volksrepublik in die UNO aufgenommen ist.

Es ist darum — so heißt es weiter — tief bedauerlich, daß sich die Sowjetunion auf eine Politik der Zusammenarbeit mit den Ver-

einigten Staaten eingelassen hat. Sie mißbraucht die Angst vor einem Atomkrieg und den Gedanken einer friedlichen Koexistenz *aller* Staaten dazu, sich mit dem Todfeind des Sozialismus und der Freiheitsbewegung unterentwickelter Länder zu verständigen. Sie ist selbst konservativ, gegenrevolutionär geworden und steht im Begriff, den Sozialismus und die Sache der unterentwickelten Länder zu verraten. Revolutionäre Kriege will sie nur für die Vergangenheit als berechtigt anerkennen, nicht aber für die Zukunft. Darum auch ihr Versuch, auf Grund des Moskauer Abkommens über den Verzicht auf Kernwaffenexplosionen die Ausrüstung Chinas und anderer revolutionärer Länder mit Atomwaffen zu verhindern. Für uns, so erklärten besonders offen die indonesischen Sprecher, sind nur gegenrevolutionäre, imperialistische Kriege und Kriegsrüstungen verwerflich, aber nicht auch revolutionäre Freiheitskriege, die vielmehr gerecht und unausweichlich sind — trotz allen Opfern. «Wir lieben den Frieden, aber wir lieben noch mehr die Freiheit!»

Mit welchen Mitteln die chinesische Gruppe den amerikanischen Imperialismus vernichten und die USA-Armee aus Vietnam verjagen will, wurde nie klar ausgesprochen. Wohl war immer die Rede von einem weltweiten Widerstand der Friedenskräfte gegen die Imperialisten, deren Macht vor dem Zusammenbruch stehe. Aber man hatte gleichzeitig den bestimmten Eindruck, daß sich die Chinesen und ihre Verbündeten vor einem Großkrieg mit den Vereinigten Staaten nicht fürchten und auch die verheerenden Folgen eines Kernwaffenkrieges für die sozialistischen Länder bedenklich unterschätzen. Das stünde im Einklang mit Äußerungen, die Luo Jui-Tjing, der Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee, in seiner Schrift «Gedenket des Sieges über den deutschen Faschismus! Kämpft bis zum Ende gegen den USA-Imperialismus» getan hat: «Wir lassen uns durch die Drohungen der USA-Imperialisten mit Bombardierungen oder durch ihr Geschrei nach Ausweitung des Krieges nicht einschüchtern ... Wir werden jeden vernichten, der uns anzugreifen wagt! Auf welcher Stufe immer die Vereinigten Staaten uns angreifen — wir werden ihnen auf der gleichen Stufe die Antwort erteilen! Wir sind für den Krieg völlig vorbereitet ... (Wir werden) unseren Teil zur restlosen Vernichtung des USA-Imperialismus, des Anführers der Angreifer und Kriegstreiber der heutigen Zeit, beitragen!»

Für die *Sowjetunion* (und ihre Verbündeten) ist nicht der amerikanische Imperialismus der große Menschheitsfeind, sondern *der Krieg selbst*. Die Moskauer Regierung ist gewiß durchaus ehrlich in ihren Protesten gegen die amerikanische Gewaltpolitik und die Machenschaften der dahinterstehenden kapitalistischen Kräfte. Aber sie ist auch entschlossen, den Widerstand gegen diese Mächte nicht soweit zu treiben, daß daraus ein «heißer» Krieg mit den Vereinigten Staaten erwachsen könnte. In diesem Bestreben neigt sie aber dazu, die Gemeingefährlichkeit des amerikanischen Imperialismus zu unter-

schätzen (während sie sehr wachsam ist gegenüber der von Westdeutschland ausgehenden Kriegsdrohung). Auf jeden Fall vermögen die Russen nicht anzugeben, wie die Amerikaner aus Vietnam vertrieben werden sollen und der Kampf gegen allen Imperialismus wirksam geführt werden kann, ohne daß sie damit in Gegensatz mit ihrer Koexistenzpolitik geraten. Soll und kann ein dritter, allvernichtender Weltkrieg vermieden werden, ohne daß die gerechte Sache Vietnams und der anderen ganz- und halbkolonialen Länder geopfert oder doch folgenschwer vernachlässigt wird? Das ist die Frage, vor der Moskau seit Jahr und Tag steht und für die es keine Lösung weiß.

Die sowjetischen Proteste gegen den westlichen Imperialismus werden darum nicht allein in China, Indonesien usw. wenig ernst genommen, zumal da der revolutionäre Schwung in der Sowjetunion offenkundig mehr und mehr nachläßt und der Lebensstil eher amerikanischen Vorbildern folgt. Man mißt ihnen auch in den Vereinigten Staaten keine übertriebene Bedeutung zu und läßt sich durch sie von der folgerichtigen Weiterführung des Ostasienkrieges jedenfalls nicht abhalten. Auf der anderen Seite haben aber die Sowjets vollkommen recht, wenn sie dringend vor der chinesischen Vorstellung warnen, daß am Ende eines Atomkrieges allein noch sozialistische Länder übrig bleiben würden, während Kapitalismus und Imperialismus vernichtet seien. (Eine Persönlichkeit aus dem innersten Kreis des Weltfriedensrates sagte mir privat: «Wenn man nur die Vietnamesen überzeugen könnte, daß ihr Hauptfeind die Chinesen sind!») Ungleich viel wahrscheinlicher ist, daß sich in einer Welt, aus der dank der Politik friedlichen Zusammenlebens von Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftssystemen der Krieg verbannt wäre, der Sozialismus allenthalben siegreich durchsetzen müßte, lebt doch der Kapitalismus und sein Antikommunismus recht eigentlich von künstlich erzeugter Kriegsangst und den darauf gegründeten Militärrüstungen. Koexistenz heißt darum keineswegs Kapitulation vor den imperialistischen Kriegskräften; sie ist vielmehr die Voraussetzung dafür, daß Kapitalismus und Sozialismus, ohne von Kriegsrüstungen belastet oder gestützt zu sein, in rein sachlichen Wettbewerb treten können — einen Wettbewerb, über dessen Ausgang auch für Chinesen und Albanier kein Zweifel herrschen sollte . . .

Ein dritter Weg Das wären also in großem Umriß die Stellungen, die auch am Kongreß von Helsinki die beiden Hauptlager im Weltkampf gegen Krieg und Imperialismus verteidigten. Der Gegensatz ist nicht bis zum Sieg der einen und zur Niederlage der anderen Gruppe durchgefochten worden. Dies schon darum nicht, weil die von den Sowjetvertretern angeführte Gruppe von Anfang an jeder direkten Auseinandersetzung mit den Chinesen und ihren Freunden auswich und deren Angriffe also ins Leere stießen. Aber auch abgesehen davon mußten Chinesen, Indonesier, Albanier,

Nordkoreaner usw. (bis zu einem gewissen Grad gehörten auch die Delegierten aus Nord- und Südvietnam zu dieser Gruppe) erkennen, daß sie bei weitem in der Minderheit waren und nicht hoffen durften, die Begeisterung des Kongresses auch für den Kampf des vietnamesischen Volkes zu einer Kundgebung für die gewaltsame Lösung der Südostasienfrage und die «Vernichtung» des amerikanischen Imperialismus ausnützen zu können. Vor die Wahl gestellt, den Kongreß zu sprengen oder einer (papierenen) Mittellösung zuzustimmen, entschlossen sie sich darum für den zweiten Weg. Die Erklärung über Vietnam, die in der Schlußsitzung fast einstimmig (mit Vorbehalten der nordamerikanischen Abordnung) angenommen wurde, verurteilt zwar so scharf wie nur möglich den Angriff der USA auf Vietnam und verlangt die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten durch die amerikanischen Streitkräfte. Sie verzichtet aber darauf, einen Großkrieg gegen die USA ins Auge zu fassen oder gar zu empfehlen, und begnügt sich damit, zu einer Weltbewegung aufzurufen mit dem Zweck, «in jeder Form und in jeder Hinsicht das vietnamesische Volk in seinem gerechten Kampf gegen den Angriffkrieg der Vereinigten Staaten für nationale Unabhängigkeit, Einheit und Frieden zu unterstützen».

Man kann in diese Erklärung hineinlesen, was man will — aber eine unmißverständliche Absage an die Koexistenzpolitik liegt jedenfalls nicht darin, wenn sie auch nicht ein förmliches Bekenntnis dazu enthält. Die Russen erstrebten ja auch gar nichts Derartiges; sie konnten beruhigt eine Kongreßentschließung unterschreiben, die in keiner Weise über ihre eigene Linie in der Vietnamfrage hinausführt. Ähnliches gilt von einer zweiten Erklärung des Kongresses, die dem *allgemeinen*, weltweiten Kampf gegen Imperialismus, Neukolonialismus und Kriegsrüstung gewidmet ist und mit den Worten schließt: «Einheit ist die Stärke der Völker in ihrem Ringen zur Wahrung des Friedens. Angesichts der Entschlossenheit der Völker und ihrer gemeinsamen Kampffront werden die Unterdrückungs- und Kriegskräfte nicht durchkommen.» *

Eine solche Einheitsfront der Völker ist wahrhaftig heute so nötig wie nur je. Ihr Fehlen hat dem deutschen Nazismus den Weg zu seinem Eroberungskrieg geöffnet, und wenn sie jetzt nicht gegen den amerikanischen Imperialismus zustandekommt, so droht der Menschheit eine neue, wahrscheinlich die endgültige Katastrophe. Die Soli-

---

* Ganz unnötig war in dieser Erklärung ein Ausfall gegen diejenigen, die «die berechtigten Ansprüche der arabischen Völker in Palästina» mißachten. Und völlig die Tatsachen entstellend war ein Abschnitt in dem Bericht über Entkolonisierung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, der zu Beginn des Kongresses von einem arabischen Mitglied des Weltfriedensrates erstattet wurde, und in dem es heißt: Die in *Israel* gebliebenen Araber «leiden unter der schändlichsten rassistischen Unterdrückung. Ganz objektiv gesagt, ist dieser Staat von Imperialisten für imperialistische Zwecke geschaffen worden. Er hält sich nur dank ihrer Pfund Sterling, ihrer Francs und ihrer Dollars». Hoffentlich ist in der Kommission, die den Bericht zu behandeln hatte, gegen diese Geschichtsfälschung aufbegehrt worden!

darität der Völker in der Abwehr der über ihnen hängenden Gefahr braucht sich aber keineswegs in einem Kriegsbündnis gegen die Vereinigten Staaten mit verstärkten militärischen Rüstungen zu äußern; schon die moralische Ächtung der Washingtoner Gewaltpolitik und eine allgemeine Wirtschaftssperre gegen die USA müßte Wunder wirken. Aber bis dahin ist noch ein weiter, fast unabsehbar weiter und mühsamer Weg. Bis er wirklich beschritten würde, könnten die Kriegskräfte der USA noch zehnmal eine atomare Riesenkatastrophe entfesseln. Und die Völker haben vermutlich nur noch kurze Zeit, um sie zu verhindern. Wir sehen darum nur zwei ernsthafte, verhältnismäßig rasch wirkende Möglichkeiten, den Frieden zu retten: den *gewaltlosen Kampf* der unterdrückten, ausgebeuteten Klassen und Völker gegen alle Gewaltherrschaft, einen Kampf nach dem Vorbild des von Ghandi zum Sieg geführten Freiheitskampfes des indischen Volkes, und sodann die *einseitige Abrüstung* ganzer Staaten, ohne Warten auf einen internationalen Abrüstungsvertrag, das heißt tatsächlich auf ein entsprechendes Abkommen mit dem imperialistischen Amerika, besonders wenn davon China ausgeschlossen bliebe.

Das aussprechen heißt freilich die Linie verlassen, auf der sich die Politik des Weltfriedensrates und damit auch des Kongresses von Helsinki bewegt. Diese Politik — darin haben die Chinesen schon recht — ist doch viel zu sehr die Außenpolitik der Militärmacht Sowjetunion, als daß sie wirklich zu einer haltbaren Friedensordnung in der Welt führen könnte, so stark sie auch im Gegensatz zum westmächtlich-amerikanischen Imperialismus stehen mag. Weder Vorbereitung eines Großkrieges gegen den amerikanischen Imperialismus, noch «realpolitische» Verständigung mit diesem Imperialismus unter Abrücken vom revolutionären Kampf der unterentwickelten Völker wird uns den Frieden bringen. Wir werden ihm nur näherkommen in dem Maß, als wir auf Kriegsdrohung als Mittel der Friedenssicherung ein für allemal verzichten und den Frieden durch Opferung *eigenen* Macht- und Gewaltwillens suchen und vorleben. Einen anderen Weg vermag der Schreibende nicht zu sehen — gerade auch im Rückblick auf den Weltkongreß von Helsinki.

Etwas über Finnland Unsere Leser und Leserinnen hören vielleicht gern auch noch ein paar Bemerkungen über die Stadt des Weltfriedenskongresses selbst und über Finnland überhaupt. Nun, daß *Helsinki*, umschlossen von Meerbuchten, Wasserarmen und Wäldern, eine der schönsten Großstädte unserer Erde ist, dürfte ziemlich allgemein bekannt sein. Es ist aber auch eine sehr junge Stadt; als Helsinki 1809 zur Hauptstadt Finnlands erhoben wurde, das bis dahin — und zwar 650 Jahre lang — zu Schweden gehört hatte, war es kaum mehr als ein bescheidenes Fischerdorf. Es hat dann aber im 19. Jahrhundert einen raschen Aufschwung genommen, der sich im 20. Jahrhundert fortsetzte und durch Zuwanderung

und Industrialisierung, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, geradezu stürmische Formen annahm. Heute hat Helsinki gegen eine halbe Million Einwohner, davon fast 20 Prozent mit schwedischer Muttersprache. Dank seiner fast unbegrenzten natürlichen Ausdehnungsfähigkeit konnte Helsinki überaus weiträumig und großzügig geplant werden; unsere schweizerischen Großstädte machen neben ihm einen fast kleinlich-provinzialen Eindruck. Dazu kommen die zahlreichen Monumentalbauten, auf die man in Finnlands Hauptstadt auf Schritt und Tritt stößt und die Helsinki einen stolzen, selbstbewußten Charakter verleihen, verbunden mit weitverbreitetem Wohlstand, ja Reichtum. Handel und Industrie — vor allem die junge Metallindustrie — blühen üppig, aber auch die Kehrseite des «Wirtschaftswunders», nicht zuletzt eine jetzt gebändigte Inflation, machte und macht sich noch immer recht deutlich bemerkbar. Der Schweizer, der nach Helsinki kommt, stellt jedenfalls mit wenig Vergnügen die hohen Preise fest, die die meisten Waren und Dienstleistungen auszeichnen; der Wechselkurs — eine Finnmark gleich etwa Franken 1.30 — scheint allerdings künstlich überhöht.

Die Bevölkerung fanden wir freundlich und aufmerksam. Wenn man nicht mit Deutsch durchkam (das von früher her noch viel gesprochen oder doch verstanden wird), so half einem Englisch, das nun als erste Fremdsprache in den Schulen gelehrt wird. Zu größeren Erkundungsfahrten um Helsinki herum, im Autobus oder im Motorschiff, langte es uns leider nicht; was wir aber sahen, das entzückte uns in hohem Maß. Besonderen Eindruck machte uns die etwa neun Kilometer vom Stadtinnern entfernte westliche Vorstadt Tapiola, eine modern geplante und ausgeführte Waldstadt mit Hochhäusern und kleineren Wohnbauten, herrlichen Anlagen und einem reich ausgestatteten Einkaufszentrum. Von dem Restaurant, das im obersten, ich glaube dem 23. Stockwerk eines Hochhauses untergebracht ist, genießt man, namentlich bei Sonnenuntergang, eine herrliche Rundsicht über Meer und Wälder, Inseln, Siedlungen und die ferne Großstadt. Tapiola hat gegenwärtig etwa 5000 Einwohner; in absehbarer Zeit sollen es 15 000 werden.

Eigenartig berührte es uns, daß es sogar noch um Mitte Juli, nachdem die berühmten «weißen Nächte» schon vorbei waren, fast überhaupt nicht richtig Nacht wurde. Gegen 24 Uhr konnte man fast noch die Zeitung auf der Straße lesen, und wenige Stunden nachher ging schon wieder die Sonne auf. Aber recht kalt ist es in den Nächten; überhaupt muß man sich an das frische, oft sehr windige Klima erst etwas gewöhnen. Auch im Juli, dem wärmsten Monat, ist die Durchschnittstemperatur kaum 19 Grad über Null. Im Jahresdurchschnitt sind es plus 5,4 Grad, im Februar durchschnittlich minus 6 Grad. Und Helsinki liegt am Südrand von Finnland!

Die Bevölkerung *Gesamtfinnlands* erreicht mit 4,6 Millionen nicht einmal die Einwohnerzahl unserer Schweiz. Das Land der «tausend

Seen» (alles in allem sollen es in Wahrheit 55 000 sein!) und der unendlichen Wälder ist eben außerordentlich dünn besiedelt, ist es doch mit seinen 337 000 Quadratkilometern Flächeninhalt achtmal größer als die Schweiz und größer als Italien. Die Landwirtschaft beschäftigt immer noch 31,7 Prozent der Bevölkerung, geht aber an Bedeutung immer mehr zugunsten von Industrie (bereits 31 Prozent), Handel und Verkehr zurück. Doch ist nach wie vor die Agrarpartei — ungefähr unserer Bauern- und Bürgerpartei entsprechend — die führende bürgerliche Gruppierung. Zusammen mit der Schwedischen Partei und der («liberalen») Finnischen Volkspartei bildet sie die Regierung und stellt auch den gegenwärtigen Staatspräsidenten Kekkonnen, seines Zeichens ursprünglich Bankdirektor. Rechts von der Regierungskoalition stehen die Konservativen, links die Volksdemokraten (Kommunisten und Linkssozialisten) mit 47 von 200 Abgeordneten, die Sozialdemokraten (38) und die Unabhängigen Sozialdemokraten (zwei Vertreter). Der verbissene Antikommunismus der Sozialdemokraten hat bisher die Bildung einer Regierung der Linken verhindert; wenn ich recht berichtet bin, macht sich aber innerhalb der Sozialdemokratischen Partei allmählich doch eine gewisse Linksrichtung bemerkbar, so wie auch die Gewerkschaften auffallenderweise eher nach links ziehen; ein von der Mehrheit abgespaltener Sondergewerkschaftsbund zählt kaum mehr als einen Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder.

Die Lage der Arbeiterschaft ist trotz dem wirtschaftlichen Aufschwung im großen ganzen recht schwierig; die Löhne stehen im Vergleich zu den Preisen bedenklich tief. Besonders drückend ist auch in den finnischen Städten die Wohnungsnot. Eine Hauptrolle spielt im öffentlichen Leben Finnlands seit Jahrzehnten die Außenpolitik. Finnland, das seit 1809 russisches Großfürstentum gewesen war, erhielt 1917 von der jungen Sowjetunion die staatliche Unabhängigkeit, lehnte sich aber aus alter Russenfeindschaft, die durch den Sowjetkommunismus natürlich noch sehr verschärft wurde, stark an Deutschland an, wurde darum das Ziel des sowjetischen Präventivkrieges von 1939/40 und kämpfte an der Seite der Hitlerarmee 1941 bis 1944 wieder gegen die Sowjetunion. Durch einen Beistandsvertrag mit der Sowjetunion verbunden, unterhält es normale Beziehungen — namentlich auch Handelsbeziehungen — zu den Westländern, hat aber diplomatische Vertretungen weder in West- noch in Ostdeutschland. Es scheint, daß sich die Mehrheit der finnischen Bevölkerung mit diesem Zustand, der als der einzig mögliche gilt, so ziemlich abgefunden hat. Marschall Mannerheim, der Führer im Kampf gegen Russen und Kommunisten, ist aber immer noch der finnische Nationalheld; sein Denkmal steht an beherrschender Stelle neben der nach ihm benannten Hauptstraße, die sich kilometerlang fast durch ganz Helsinki zieht.

Bei der CDU Ost Bevor ich nach Helsinki reiste, weilte ich als Gast der *Christlich-Demokratischen Union Ostdeutschlands* vierzehn Tage lang in der Deutschen Demokratischen Republik. Den Anlaß dazu bot eine Feier zur Erinnerung an die Gründung der CDU, die mit dem Erlaß eines programmatischen Aufrufs am 26. Juni 1945 erfolgte. Ich benützte diesen Anlaß gern, um enger als bisher mit der ostdeutschen CDU Fühlung zu nehmen und ihre Arbeit besser kennen zu lernen. Was weiß man denn bei uns zu Land eigentlich von der ostdeutschen CDU? Meistens tut man die einfach als bloßes Anhängsel der (kommunistischen) Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ab, das den Zweck habe, die christliche Bevölkerung der DDR für den Kommunismus einzufangen. Und unter Kommunismus versteht man dabei vor allem Diktatur und Atheismus. Aber das ist ja eine mehr als grobfahrlässige, ist eine geradezu böswillige Verfälschung der wirklichen Sachlage. Lassen wir die Satzung der CDU (vom Jahr 1964) sprechen. Darin heißt es gleich zu Anfang:

«Die Christlich-Demokratische Union ist eine demokratische Partei, in der sich Christen der DDR zur Mitarbeit an der Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung, am umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR und an der friedlichen Lösung der deutschen Frage zusammengeschlossen haben ... Die Politik der CDU geht von der Gewißheit des Sieges des Sozialismus und der festen Überzeugung aus, daß das sozialistische Weltsystem ökonomisch, politisch und moralisch wächst und in zunehmendem Maße den Gang der Weltgeschichte bestimmt.»

Das sind — und nicht nur in Deutschland — völlig neue Töne. Als die zweitgrößte Partei eines Landes, auf dessen Regierung und öffentliche Meinung sie starken Einfluß ausübt, als eine Partei, die sich vom Evangelium her entschlossen auf den Boden des Sozialismus stellt und folgerichtig gegen Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus kämpft, ist die CDU Ost durchaus eine einzigartige Erscheinung. Und ihre Satzung bezeichnet denn auch das Ergebnis der Entwicklung, die zu diesem Standort geführt hat, mit Recht als «eine Wende in der gesellschaftlichen Orientierung der Christen in Deutschland». Man kann die CDU Ostdeutschlands höchstens mit der Organisation der christlichen Sozialisten Schwedens vergleichen, die aber ein Unterverband der Sozialdemokratischen Partei Schwedens ist und sehr weit rechts steht, in internationalen Angelegenheiten sogar recht hartnäckig die Politik der Westmächte unterstützt.

Die CDU war freilich nicht von Anfang an das, was sie heute ist. Bei ihrer Gründung war sie eher eine fortschrittlich-bürgerliche Mittelstandspartei mit klarem nazigegnerischem Hintergrund und ausgesprochen sozialpolitischer, ja planwirtschaftlicher Zielrichtung. Sie forderte namentlich auch die Sicherung der Staatsgewalt vor den Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen, die Unterstellung des Bergbaus und anderer monopolartiger Schlüsselunternehmungen

unter öffentliche Aufsicht, die Umgestaltung der großgrundbesitzmäßigen Landwirtschaft, die Sicherung von Nahrung, Obdach und Kleidung für alle Menschen und ähnliche Maßnahmen, die kräftig in die bisherigen Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsstrukturen einschneiden müßten. Stark wirkte sie auch bei der großen Bodenreform mit, der «größten und erfolgreichsten revolutionären Massenaktion der deutschen Geschichte» (wie man sie genannt hat), die der deutschen Junkerkaste und dem preußischen Militarismus die wirtschaftliche Grundlage wegzog und den Bauern und Landarbeitern die Befreiung von jahrhundertelanger feudaler Abhängigkeit brachte.

Aber Schritt um Schritt fand die CDU von hier aus in den folgenden Jahren und Jahrzehnten den Weg zu einem klar verstandenen und von christlicher Verantwortung her bestimmten Sozialismus. Besonders seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wandte sie sich unter Führung von Männern wie Otto Nuschke, August Bach, Gerald Götting dem planmäßigen Aufbau einer sozialistischen Ordnung und einer entschlossenen Friedenspolitik zu, unter Abkehr von der fluchbeladenen deutschen Vergangenheit, die in der Bundesrepublik geisterhaft wieder aufzuleben begann. Sie tat das unter fortwährender Auseinandersetzung mit konservativen, ja reaktionären Kräften, welche die CDU als Werkzeug ihrer dunklen Pläne zu mißbrauchen suchten, namentlich auch mit jenen kirchlichen Kreisen, deren Christentum nicht viel mehr als eine unselige Heiligung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen mit ihrem nationalistischen und militaristischen Zubehör war. Immer entschiedener drang in der CDU die Erkenntnis durch, «daß die sozialistische Ordnung dem Christen die besten Voraussetzungen bietet, ihrer Friedensverpflichtung gerecht zu werden und an der Schaffung solcher sozialen Verhältnisse mitzuwirken, die dem Gebot der Nächstenliebe und dem Grundsatz der Brüderlichkeit entsprechen».

Auf diesem Weg wuchs die CDU naturgemäß immer mehr mit den anderen staatstragenden Kräften der Deutschen Demokratischen Republik zusammen. Wie ihre Satzung es ausdrückt: «Die CDU ist ein untrennbarer Teil der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, die unter Führung der Partei der Arbeiterklasse mit der Verwirklichung des Programms des Sozialismus die DDR festigt und weiterentwickelt.» Die CDU hat darum kein eigenes politisches Programm und tritt nicht in Wettbewerb mit den anderen Parteien der DDR; die Namen ihrer Wahlkandidaten stehen auf einer gemeinsamen Liste aller Gruppen der Nationalen Front, die nach sorgfältiger Prüfung und Siebung der Kandidaten durch alle beteiligten Gruppen, Parteien und Massenverbände zuletzt im formalen Wahlakt selber bestätigt wird, wobei die SED gegebenermaßen das entscheidende Gewicht hat.

Wer diese «Führung der Partei der Arbeiterklasse» bemängelt oder als unwürdig überhaupt ablehnt, sollte sich der gerade auch von

uns oft genug ausgesprochenen Wahrheit erinnern, daß der «undemokratische, gottlose» Kommunismus nur aufkommen und die Führung der sozialen Umwälzungen übernehmen konnte, ja sie übernehmen *mußte*, weil die «*Demokraten*» und die «*Christen*» gegenüber den sozialen Nöten, den wirtschaftlichen Mißständen und den politischen Verbrechen und Zusammenbrüchen ganz überwiegend *einfach versagt* haben. Sie haben den Feudalismus und Kapitalismus so wenig verhindern können, ja ihr Aufkommen nicht einmal ernsthaft verhindern *wollen*, wie sie die Militärrüstungen und die nationalen oder imperialistischen Kriege verhindert oder auch nur ernstlich bekämpft haben. Es waren die revolutionären Sozialisten und dann die Kommunisten, die sich dieser Aufgabe annahmen, und es steht Demokraten und Christen schlecht an, darüber zu klagen, daß die notwendige, nur allzulang verschobene und unterdrückte Umwälzung der überlieferten Ordnungen von nichtdemokratischen und nichtchristlichen Kräften vollzogen wird. Sie sollten recht fein bescheiden anerkennen, daß die Führung in der weltweiten Revolution unserer Zeit unvermeidlicherweise an die Kommunisten und radikalen Sozialisten übergegangen ist, denen sie nun im besten Fall langsam nachhinken, wenn sie sich ihnen nicht verstockt und verblendet entgegenstemmen. Das gilt auch von der DDR und von dem nur langsamen Durchbruch sozialistischen Denkens und Wollens in der CDU.

Selbständige Aufgaben Das heißt freilich nicht, daß die CDU Ostdeutschlands schon endgültig die rechte Stellung zu «ihrem» Staat gefunden habe. Wir haben unseren CDU-Freunden gegenüber nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie nach unserer Meinung eine *zu enge Bindung an das neue Regime* eingegangen sind, nachdem sie sich von der Bindung an das alte Regime gründlich gelöst hatten. Schon von Ragaz und Blumhardt, wenn nicht von Tolstoj und Kierkegaard her stehen wir religiösen Sozialisten der Schweiz in einem radikaleren Gegensatz zu den staatlichen Gewalten und ihren Machtmitteln als sie und machen auch die stärksten Vorbehalte gegenüber dem philosophischen und historischen Materialismus der Schulen von Marx und Lenin, wie auch gegenüber dem sogenannten naturwissenschaftlichen Weltbild, das damit eng zusammenhängt. Vom Evangelium her üben wir im besonderen viel grundsätzlichere Kritik an der Praxis der kommunistischen Diktatur, an der Außenpolitik der sozialistischen Staaten, an ihren militärischen Rüstungen, als unsere CDU-Freunde es tun und tun können. Wir wissen wohl, daß ihr Dasein und ihre Arbeit *als Partei* bei einer solch kritischen Haltung in Frage gestellt, wenn nicht verunmöglicht würde, auch wenn die Kritik gar nicht niederreißend, sondern eindeutig aufbauend geübt würde. Aber wäre das wirklich ein Unglück? Und wird die CDU, die den Weg «von Christus zu Marx» gegangen ist, früher

oder später nicht doch auch den Weg *«von Marx zu Christus»* weisen müssen? Der heutige Sozialismus, so glaubt wenigstens der Schreibende persönlich, hat kaum etwas *mehr* nötig als ein bewußtes Zurückgreifen auf die biblischen Quellen allen sozialistischen Denkens und Wollens; ohne die Kräfte, die ihm daraus zufließen können, werden die sozialistischen Einrichtungen ohne festen Rückhalt an sozialistischen Menschen bleiben, wird der revolutionäre Schwung der sozialistischen Bewegung allmählich erlahmen und werden die ihr entgegenstehenden Mächte des Geld- und Kriegsgeistes nie wirklich zu überwinden sein.

Inzwischen erfüllt schon bisher die CDU *selbständige*, sonst von keiner anderen Partei an die Hand genommene Aufgaben. Ihre Selbständigkeit zeigt sich schon darin, daß sie finanziell auf eigenen Füßen steht. Dazu tragen nicht wenig ihre eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen bei: drei Buchverlage, sechs Zeitungsverlage, ein Kunstverlag, ein Hotel usw. Was sodann die kritischere Stellung gegenüber dem Diktaturregime betrifft, die wir wünschen, so wollen wir auch hier nicht vergessen, daß die «korrekten» Demokraten es schuldhaft versäumt haben, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu bewerkstelligen, und daß es darum ohne eine zentralisierte, von oben her befehlende, autoritäre Staatsgewalt mindestens in den ersten Zeiten der Republik einfach nicht abging. Im übrigen sind in das neue Regime doch auch gewisse demokratische Bestandteile eingebaut, wie etwa die ausgiebige Erörterung von Gesetzesvorlagen in allen möglichen Organisationen, Gruppen, Vereinigungen, Körperschaften schon *vor* ihrer Einbringung in der Volkskammer. (Ich habe selbst einer solchen Ausspracheversammlung über den Entwurf zu einem neuen Familiengesetz beigewohnt.) Zur Demokratie gehört es ferner, daß der Staat jetzt ohne weitere Schikanen den *Militärdienstverweigerern* erlaubt, als «Bausoldaten» (für zivile wie für militärische Arbeiten) Dienst zu tun, wobei es gerade die CDU war, die sich tatkräftig und erfolgreich für diese Neuerung einsetzte. Was man auch gegen diese Regelung einwenden mag — sie beweist doch, daß die DDR hier *unserer* Demokratie voraus ist, die mit ihren militärgerichtlichen Urteilen gegen Dienstverweigerer allen Begriffen von Gewissensfreiheit und Menschenrecht ins Gesicht schlägt.

Ähnlich anregend und selbständig vorstoßend wirkt die CDU auf anderen Gebieten. Sie nimmt sich beispielsweise mit besonderem Eifer der Anliegen der städtischen Mittelschichten an und fördert deren Einbeziehung in die genossenschaftlich-sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft, so durch die Förderung kleingewerblicher Produktionsgenossenschaften und staatlicher Beteiligung an mittleren und kleinen Industrieunternehmungen. In Aue im Erzgebirge besuchte ich selbst eine solche Unternehmung, eine Damastweberei, die sich als Familienbetrieb nicht mehr hätte halten können, nun aber dank

staatlicher Beteiligung ausgezeichnet arbeitet und einen vorzüglichen Eindruck macht, auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Betriebsleiter (früher Privatunternehmer), Gewerkschaft und Parteiorganisation. Die Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie der Ausbau der Volksgesundheit und namentlich der Volksbildung liegen der CDU gleichfalls sehr am Herzen. Und dann selbstverständlich die Herstellung eines guten Verhältnisses *zwischen dem christlichen und dem nichtchristlichen Volksteil.*

Daß hier auf kommunistischer Seite lange Zeit schwere Fehler begangen wurden, steht außer Zweifel; ich könnte Beispiele nennen. Es wird mir aber immer wieder glaubhaft versichert und hat sich mir auch auf Grund eigener Beobachtungen bestätigt, daß inzwischen der atheistische Marxismus wesentlich duldsamer geworden ist. Im öffentlichen Leben, in der Schule, in den Massenorganisationen nimmt man heute viel sorgsamere Rücksicht auf Denkweise, Gefühlswelt und Lebenspraxis des christlichen Volksteils. Im neuen Schulgesetz sind auf Veranlassung der CDU alle Äußerungen und Bestimmungen gestrichen worden, die vom christlichen Standpunkt aus nicht tragbar waren. Auch ist die SED bemüht, der CDU in den Behörden eine Vertretung einzuräumen, die ihrer Bedeutung mindestens entspricht, wenn sie ihr nicht sogar mehr Plätze anbietet, als sie besetzen kann.

Natürlich ist diese ganze Duldsamkeit der Kommunisten gegenüber den Christen zunächst einfach politische Taktik, Ausdruck der nüchternen Erkenntnis, daß der christliche Volksteil und die CDU im besonderen eine Macht im neuen Staate darstellt, die gebührende Rücksichtnahme auf ihre Lebensnotwendigkeiten erheischt. An der marxistischen Überzeugung, daß der christliche Glaube bloßes Überbleibsel aus einer sonst längst bewältigten Vergangenheit sei, ändert das nichts, obgleich gerade der «wissenschaftliche» Atheismus selbst ein typisches Überbleibsel aus dieser Vergangenheit ist, besonders aus dem aufklärerisch-materialistischen 18. und 19. Jahrhundert, also aus der Geisteswelt des kapitalistischen Bürgertums. Aber vielleicht haben doch diejenigen recht, die in der unverkennbar freundlicheren Haltung der ostdeutschen Kommunisten und namentlich ihrer besonneneren Führer mehr sehen als bloße Zweckmäßigkeitspolitik. In dem Maße, da die Kommunisten feststellen müssen, daß im christlichen (und jüdischen) Glauben stärkste Kräfte zum Sozialismus und zur Überwindung allen Militär- und Kriegswesens hindrängen, dürften auch sie sich fragen, ob ihr Bild vom Christentum — im Unterschied zu dessen Verfälschung durch die Christen selbst — auch wirklich der Wahrheit entspreche. Planmäßiger Angriff auf den kommunistischen Atheismus von christlicher Seite aus könnte diesen Vorgang nur stören und unterbleibt darum mit Recht. Wenn aber der christliche Volksteil in der DDR mehr und mehr so entschlossen auf den Boden des Sozialismus und des Friedenskampfes tritt, wie die CDU

das getan hat (und die meisten Kirchen sind davon leider noch sehr weit entfernt), so wird sich auch im marxistisch-leninistischen Lager allmählich eine innere Wandlung vollziehen, die nur von Gutem sein kann.

Zum Schluß sei aber doch noch eine Einrichtung der CDU erwähnt, die mir besonders wertvoll erscheint: ihre *zentrale Schulungsstätte in Burgscheidungen*, an der ich fast eine Woche lang weilen durfte. Die nach Otto Nuschke, dem bedeutenden ersten Führer der CDU, genannte Bildungszentrale für Funktionäre der Bewegung ist in einem ehemaligen feudalen Herrensitz untergebracht, einem der schönsten Barockschlösser der DDR, das sich hoch über dem lieblichen, obst- und weinreichen Unstruttal an der thüringisch-sächsischen Grenze auf einem breiten Sandsteinhügel erhebt und 1945 aus dem Besitz der Grafen von der Schulenburg ins Volkseigentum überführt wurde. (Die Schulenburger haben übrigens heute noch eine Menge von ausgedehnten Besitzungen in Westdeutschland, wie, glaube ich, auch in anderen Staaten.) Das sehr zweckvoll umgebaute Schloß mit seinen schattigen Gartenlauben, seinen prächtigen Terrassen und seinem weiten, alten Park unten am Burghügel ist die ideale Stätte für ein gesammeltes Studium der rund 120 Schüler und Schülerinnen jeden Erwachsenenalters und jeden Berufes, die hier in drei- und sechsmonatigen Lehrgängen (neben kurzen Sonderkursen) von tüchtigen, wissenschaftlich geschulten Lehrern wertvolle Kenntnisse in den verschiedensten Fächern gewinnen: Volkswirtschaftslehre, Aufbauwerk des Sozialismus, politische Aufgaben der CDU, deutsche Geschichte, internationale Arbeiterbewegung, Friedensbewegung, Leistungen der Sowjetunion usw. «Unionsfreunde zu entwickeln und zu erziehen, die — getrieben von christlicher Verantwortung, ausgerüstet mit reichem Wissen, erfüllt von Ideenreichtum und Tatendrang, den Ideen des Friedens und des Sozialismus treu ergeben — diese Eigenschaften in ihrem Leben und Handeln bewähren, ist der gesellschaftliche Auftrag unserer Zentralen Schulungsstätte Otto Nuschkes.» So umschreibt der Lehrplan der Schule den Sinn der Arbeit, die hier geleistet wird, und ich bin sicher: die Saat, die in Burgscheidungen seit Jahren ausgestreut wird, hat schon bisher gute Frucht in der ganzen DDR getragen und wird sie weiterhin tragen. Für das, was ich an dieser Stätte in mich aufgenommen habe, will ich auch hier dem Leiter der Schule, Direktor Erwin Krubke, und seinen Mitarbeitern herzlich danken, sowie ich erst recht den Mitarbeitern der Parteileitung der CDU in Berlin und Generalsekretär Gerald Götting im besonderen zu dauerndem Dank verpflichtet bin.

24. Juli 1965. *Hugo Kramer*